

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. G. Mrici & Co.
Breitestraße 20,
in Gräg bei J. Strifand,
in Reseriz bei Th. Matthias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.
Neunzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Naube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 490.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Montag, 16. Juli.

Separat 50 Pf. die sechsgehaltene Beilage oder berezt
Raum, Bekamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Am tliches.

Berlin, 14. Juli. Der König hat die Gerichtssassessoren Petrich,
Zernit, Thür, Dr. Guth, Heise, Nobiling und Friedländer zu Amts-
richtern ernannt, sowie dem praktischen Arzt, Sanitätsrath Dr. Blüm-
mer zu Breslau den Charakter als Geheimer Sanitätsrath verliehen.
Der Rechtsanwalt Handschuh ist zum Notar im Bezirk des Ober-
Landesgerichts zu Kassel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Mar-
burg, ernannt worden. Versetzt sind: der Landgerichtsrath Brown
in Posen an das Landgericht II. in Berlin, der Amtsgerichtsrath
Mehior in Dagen an das Amtsgericht in Mühlbauern i. Th., der
Landrichter Manig in Lpf an das Landgericht in Posen, der
Amtsrichter Samojl in Kulm i. Westp. als Landrichter an das Land-
gericht in Graudenz und der Amtsrichter Predeek in Altena an das
Amtsgericht in Geseke. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt
dem Landgerichtsrath Ludewig in Stargardt i. P. mit Pension und
dem Amtsrichter Müller in Krossen behufs Uebertritts zur Ver-
waltung der indirekten Steuern. In der Liste der Rechtsanwälte
sind gelistet: der Rechtsanwalt, Justizrath Studart in Walden-
burg bei dem Landgericht in Schweidnitz, der Rechtsanwalt,
Justizrath Pilet bei dem Landgericht in Posen und der Rechts-
anwalt Baude in Salzwedel bei dem Landgericht in Stendal. In
die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der bisherige Amts-
richter Tomaszke in Br. Stargardt bei dem Amtsgericht darselbst, der
Rechtsanwalt Meller aus Ratibor bei dem Amtsgericht in Jabrze, der
Gerichts-Assessor Noris Cohn bei dem Amtsgericht in Kolmar i. P.,
der Gerichts-Assessor Greve bei dem Amtsgericht in Gelsenkirchen, der
Gerichts-Assessor Rau bei dem Landgericht in Königsberg, der Gerichts-
Assessor Graß bei dem Landgericht in Allenstein, der Gerichts-Assessor
Witelschhofer bei dem Landgericht in Breslau und der Gerichts-
Assessor Ziese bei dem Amtsgericht in Tönning. Der Rechtsanwalt
Nuth bei dem Landgericht I. in Berlin ist durch rechtskräftiges Er-
kenntnis von der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen. Der Landgerichts-
Direktor Hofeno in Allenstein, der Landgerichtsrath Schwittan bei
dem Landgericht I. in Berlin, der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath
Primmer aus Berlin und der Rechtsanwalt und Notar Bay in Duder-
stadt sind gestorben.
Der bayerische Rechtspraktikant und Notariatskandidat Schmolze
zu Allkirch ist zum Notar im Landgerichtsbezirk Zabern, mit Anweisung
seines Wohnsitzes in Weiskhofen, ernannt.

Politische Uebersicht.

Posen, 16. Juli.

Eine neueste römische Depesche von gestern meldet
folgendes zum Stande der kirchenpolitischen Ver-
handlungen: „Das „Journal de Rome“ sagt, eine Ant-
wort von Seiten Preußens erwarte der Papst nun nicht mehr,
doch könnten die Unterhandlungen, welche selbst während Herrn
v. Schölyers demnächstiger Abwesenheit durchaus nicht vollständig
zu ruhen brauchten, auf der Grundlage neuer gegenseitiger Kon-
zessionen wieder aufgenommen werden. Deutschland fürchte viel
mehr, als es zugehebe, die Wirrjale, welche ein Bruch mit der
Kirche nach sich ziehen würde. Der heilige Stuhl sei bereit,
alle möglichen Konzessionen zu bewilligen, man
solle ihm nur annehmbare Garantien bieten. Das „Journal de
Rome“ glaubt heute mehr als jemals an eine friedliche Lösung.
Der preussische Gesandte v. Schölyer hatte heute eine Unter-
redung mit dem Kardinal-Staatssekretär Jacobini.“ Ueber die
Bedeutung dieser in Anbetracht der letztvergangenen Polemik
veröhnlichen Sprache kann man nur schwache Vermuthungen
hegen. — Der „Germania“ wird aus Rom gemeldet, daß die
letzte Note des Kardinals Jacobini, welche so allgemeinen Un-
willen erregte, im Kardinalkollegium einstimmig beschloffen
worden sei. Die „Kreuzztg.“ hatte, wie erinnerlich, verbreitet,
selbst bei einem Theil des Kardinalkollegiums habe die Note
Mißbilligung gefunden.

Zur Abwendung der Cholera gefahr veröffentlicht
das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-
Angelegenheiten im „Reichsanzeiger“ eine Instruktion zur
Desinfektion von Seeschiffen, welche gemäß der
SS 8, 9 und 10 der Verordnung vom 5. Juli 1883, betreffend
die gesundheitspolizeiliche Kontrolle der einen preussischen Häfen
anlaufenden Seeschiffe, zu desinfizieren sind. — In Marseille
sind die Quarantänevorschriften für Provenienzen aus Malta
und Cypren bis auf Weiteres wieder in Kraft gesetzt worden.
(N. A. Nr. 158.) — Dagegen werden in spanischen Häfen
Provenienzen von Gibraltar und Tanger vom 4. d. M. an für
unverzüglich erachtet. — Aus Dünkirchen wird berichtet, daß
Schiffe, welche aus ägyptischen Häfen, den Häfen des Rothen
Meeres und den jenseits desselben belegenen Häfen kommen,
einer 24stündigen Observation zu unterwerfen sind. Erweist sich
das Schiff als infizirt, so erhält dasselbe überhaupt keinen Zulass
in den Häfen, sondern ist nach einem anderen französischen Häfen
zu dirigiren, in welchem Einrichtungen zur Abhaltung der
Quarantäne vorhanden sind.

Der Zentralverband deutscher Industrieller
hat in seiner letzten Delegirtenversammlung in Nürnberg
die Frage des gewerblichen Unterrichtswesens in
den Bereich seiner Beratungen gezogen. Es hat, wie die „V.
P. A.“ jetzt mittheilen, ein Freenaustausch zwischen Vertretern der
Staatsregierung und der Industrie stattgefunden. Die Delegir-
tenversammlung des Zentralverbandes, welche im September d. J.
in Heidelberg zusammentritt, wird sich aufs Neue mit diesem

Thema beschäftigen und insbesondere die bei der ersten Berathung
vorbehaltenen Detailfragen zur Erledigung bringen.

Der Minister des Innern ist bei dem Justiz-
minister darüber vorstellig geworden, daß die Polizei-
behörden und namentlich ihre unteren Organe zu Zwecken
der Strafrechtspflege mehr als nöthig in Anspruch genommen
würden. Der Justizminister hat in Folge dessen Gelegenheit
genommen, den Gerichten anzurathen, bei Vorführungen von
Personen, die am Sitze des Gerichts wohnen, zu Terminen, sich
in der Regel der Gerichtsdiener zu bedienen und die Polizei-
behörde nur dann zu requiriren, wenn anzunehmen ist, daß die
betreffende Person der Vorführung Widerstand leisten oder sich
dem Gerichtsdiener entziehen könnte. Ebenso soll die Bewachung
der von der Polizei Vorgeführten hinfort durch den Gerichts-
diener übernommen werden. Auch bei Verhaftungen sowohl zur
Untersuchungs- als zur Strafhaft soll die Polizei nur im Noth-
fall in Anspruch genommen werden. Es ist diese Vorschrift
namentlich für kleinere Orte praktisch, in größeren Städten,
namentlich in Berlin, wo ein Verbergen viel leichter ist, wird
die Hilfe der Polizei doch immer noch in hohem Maße gesucht
werden müssen.

Wie man hört, hat auch das Deutsche Auswärtige
Amt von dem deutschen konsularischen Vertreter auf
Madagaskar einen ausführlichen Bericht über das Vorgehen
des französischen Admirals Pierre gegen die Vertreter der
fremden Mächte, über welches namentlich die englische Diplomatie
so große Besorgnisse führt, eingefordert.

Die Suezkanalfrage drängt augenblicklich, wie es
scheint, jedes andere Interesse in den politischen und kommerziellen
Kreisen Englands in den Hintergrund. Der von Seiten der
Regierung mit Herrn v. Lesseps abgeschlossene Präliminarvertrag
wird von Politikern aller Parteien gewissermaßen als ein Ver-
rath an Englands ausschlaggebenden Interessen betrachtet. In
allen Städten werden Protestkundgebungen gegen den Vertrag
vorbereitet. In der Londoner City beschloß am Donnerstag eine
Versammlung von Rhedern und Kaufleuten einstimmig nach-
folgende Resolution:

„Dieses Meeting hat mit größtem Bedauern vernommen, daß die
britische Regierung versprochen hat, ihren Einfluß in Egypten zur
Erlangung einer Konzession für einen zweiten Kanal zu Gunsten der Ge-
sellschaft des Herrn v. Lesseps auszubieten, statt die Schritte zu thun,
um welche sie ersucht wurde, um eine solche Konzession für den Bau
eines unabhängigen britischen Kanals zu sichern. Diese ernste Ent-
scheidung wird ferner verschlimmert durch die beabsichtigte Ausdehnung
der Frist, welche das Monopol der gegenwärtigen Gesellschaft noch zu
laufen hat; durch die hohen Dividendenätze, von welchen die Verab-
scheidung der Gebühren abhängig gemacht werden soll; durch den Um-
stand, daß keine Vermehrung in der Zahl britischer Direktoren ein-
treten soll und daß die Gesellschaft erklärt, ein Domicil in England
zu haben. Dieses Meeting drückt ferner seine große Ueberzeugung
darüber aus, daß die Regierung beabsichtigt, 8 Millionen Pfund
Sterling zur Verfügung des Verwaltungsrathes einer fremden Gesell-
schaft zu stellen und daß das gegenwärtige Abkommen weit davon ent-
fernt, die Schwierigkeiten zu lösen, die daraus resultiren dürften, daß
eine fremde Gesellschaft eine solche Stellung auf der Route nach
Indien einnimmt, dazu angethan ist, dieselben zu vergrößern und zu
verlängern und kaum ermangeln kann, ernste Verwicklungen in der
Zukunft zu erzeugen. Das Meeting drückt demnach seine ernste
Hoffnung aus, daß das Haus der Gemeinen den Vorschlag ver-
werfen wird.“

Beschlüsse ähnlichen Inhalts wurden auch von den Aus-
schüssen der Schifferverbände von West Hartlepool und
Sunderland, sowie von dem Rathe der Londoner Handelskammer
gefaßt. Die Regierung hat, nach diesen Anzeichen zu schließen,
keine Aussicht auf Annahme des Vertrages durch das Unterhaus,
und liegt sonach die Möglichkeit einer bevorstehenden Minister-
krisis nahe; denn wenn die ablehnende Mehrheit etwa fünfzig
und mehr Stimmen zählen sollte, so bliebe Herrn Gladstone
kein anderer Ausweg als auf die Fortführung der Geschäfte
zu verzichten. Die „Times“ bezeichnet in einem leidenschaftlich
erregten Ton das Abkommen mit Lesseps als „monströs und
lächerlich“ und schließt:

„Die Minister werden sich selbst zu tadeln haben, wenn sie in
ihrem Uebermaß von Vertrauen und dogmatischer Verachtung für
Warnungen und Belehrung sich haben in eine Lage hineinziehen lassen,
aus der sie ohne Diskreditirung daheim und ohne auswärtige Ver-
legenheiten nicht herauskommen können.“

Wie man der „Pol. Korr.“ aus Skutari schreibt, er-
mordeten einige Individuen des Stammes Castratti am 27. Juni
aus Blutrache zwei Türken aus dem Dorfe Bazu-Guit, worauf
Hafiz Pascha, gemäß den Befehlen der Berge, die Häuser der
Mörder niederbrennen ließ. Auf der Straße zwischen Skutari
und Mudea tödtete ein Angehöriger des genannten Stammes
und zwar gleichfalls aus Blutrache ein Individuum aus Bu-
schatti. Der Mörder flüchtete sich hierauf in ein Haus, wurde
jedoch von Einwohnern der Stadt Buschatti erschlagen. Dieser
Fall hatte Ruhestörungen zur Folge, welche die Lokalregierung
veranlaßten, eine Militärkompanie nach dem Schauplatz der
Unruhen zu entsenden. Solchen Vorkommnissen kommt jedoch
in Albanien keine höhere Bedeutung als die gewöhnlicher Tages-
ereignisse zu. Die Situation im Vilajet darf daher als eine
für Albanien normale bezeichnet werden. Trohdem hat man

einigen Grund anzunehmen, daß die relative Windstille im Vi-
lajet Skutari nicht lange andauern wird. Verschiedene Be-
wegungen der türkischen Truppen, sowie Symptome anderer Art
deuten darauf hin, daß Seitens des Gouverneurs Asim Pascha
eine Aktion vorbereitet wird, welche schwerwiegende Folgen
haben dürfte.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 15. Juli. [Die Cholera und die Zoll-
politik. Herr v. Madai.] In der konservativen Presse kündigt
sich die Absicht einer zollpolitischen Ausnutzung
der Cholera gefahr an. Mit Bezug auf den geringen
Eifer, welchen die englische Regierung bei den Vorbeugungs-
maßregeln gegen die Einschleppung der Cholera entwickelt, konnte
man schon seit einiger Zeit von eifrigen Schutzöllnern das
Schlagwort von einer „sanitären Kontinental Sperre“ hören.
Gestern Abend hat die „Post“ den Gedanken aufgenommen,
indem sie mit Bezug auf das englische, durch die Gefahr der
Rinderpest motivirte Vieheinfuhrverbot ein Verbot aller eng-
lischen Einfuhr wegen Gefahr der Cholera-Einschleppung anregt
und das konservative „Deutsche Tageblatt“ schließt sich heute
dem Vorschlag an. Zunächst hat es mit der Ausführung selbst-
verständlich gute Wege, denn die Cholera ist nicht in England;
daß der Vorschlag aber nicht eine sehr ernste Bedeutung erlangen
könnte, falls die Epidemie nach England gelange, dafür ist
durchaus keine Bürgschaft zu übernehmen. Der Gedanke einer
durch die Cholera-Gefahr zu motivirenden Ausschließung eng-
lischer Importe ist, wie schon angedeutet, nicht das alleinige
geistige Eigenthum der beiden konservativen Blätter, welche ihn
soeben in die Deffentlichkeit gebracht, sondern er wurde schon
vorher in zollpolitischen Kreisen erörtert, welche auf die neuere
Gestaltung unserer Handelspolitik bedeutenden Einfluß geübt
haben und solchen auch jetzt noch besitzen. Daß der Bundesrath
im Zollgesetz die Vollmacht besitzt, aus sanitären Rücksichten Ein-
fuhrverbote zu erlassen, ist bekannt. Mit der vollständigen
„Kontinental Sperre“ würde es wohl, was die geographische Aus-
dehnung betrifft, trotz der in Frankreich und Italien zur Zeit
gegen England herrschenden Gereiztheit nichts werden; und auch
in Deutschland würde es wohl nicht thunlich erachtet
werden, „alle englischen Provenienzen“, wie die „Post“ und das
„Deutsche Tageblatt“ in ihrem Eifer verlangen, zu verbieten;
aber für eine Anzahl englischer Einfuhren würde sich vielleicht
ein Zusammentreffen der Gefahr der Cholera-Uebertragung und
des schützöllnerischen Interesses am Einfuhr-Verbot ergeben.
Vor der Hand darf man wohl noch hoffen, daß die Voraus-
setzung, unter der allein der Versuch der Durchführung jenes Gedan-
kens angeregt werden könnte, nämlich das Auftreten der Cholera
in England, ausbleiben wird. — Aus Rücksicht auf den sehr
beliebten gegenwärtigen Polizei-Präsidenten von Berlin, Herrn
v. Madai, wird die Frage seines Ersatzes in der hiesigen Presse
nur vereinzelt erörtert; sie beschäftigt aber die verschiedensten
Kreise der Hauptstadt. Herr v. Madai wird ohne Zweifel,
nachdem er im Herbst sein 50jähriges Dienstjubiläum ge-
feiert haben wird, zurücktreten, denn er hat sich bei
seinem Alter von einem vor Kurzem erlittenen Schlag-
anfall nicht völlig zu erholen vermocht. Die Besetzung
des Amtes ist mit Schwierigkeiten verknüpft, die in den ver-
schiedenartigen Anforderungen an den Inhaber desselben liegen.
Er ist theils der Vorgesetzte der Berliner Kommunalverwaltung,
theils hat er mit ihr zusammenzuwirken; aus beiden Gründen
müßte es bedauert werden, wenn der jetzige Vertreter des Polizei-
Präsidenten, Herr v. Hoppe, sein Nachfolger würde, denn dieser
hat sich im Abgeordnetenhaus durch eine sehr unangemessene, im
Styl der „antifortschrittlichen“ Agitation gegen die Berliner
Stadtverwaltung an dieser geübte Kritik bekannt gemacht, so daß
ein gutes Verhältnis zur hauptstädtischen Selbstverwaltung kaum
zu erwarten wäre. Mit den Vorbedingungen für ein solches
muß sich bei dem Polizei-Präsidenten von Berlin große Umsicht,
Unbefangenheit in der Beurtheilung der mannigfachen Verhält-
nisse und Energie, andererseits wegen des Verhältnisses zum
Hofe — der Polizei-Präsident hat direkten Vortrag beim Kaiser —
Repräsentationsgabe vereinigen. Von den bisher genannten
Kandidaten hat schwerlich einer Chancen.

— Der Kaiser trifft, den neuesten Bestimmungen zufolge,
am Dienstag Nachmittag in Gastein ein; die Fahrt von der
letzten Bahnstation Lenz legt der Kaiser in einem Extrapostwagen
zurück, welchen der dortige kaiserl. österreichische Posthalter
ebenso wie in den Vorjahren persönlich führt. Von Montag
Abend 8 Uhr wird von Berlin nach Gastein ein regelmäßiger
Kurierdienst eingerichtet. Früher wurde derselbe von den Offi-
zieren des reitenden Feldjägerkorps, jetzt von alten bewährten
Postbeamten versehen.

— Der neue Kanalhafen für Wilhelmshaven
ist neuesten Nachrichten zufolge bereits fast ganz aus-
gegraben und wird in nächster Zeit fertig sein. Was den Ems-

Jade-Kanal betrifft, so schreiten die Erdarbeiten rüstig fort, doch wird zur Vollenbung des Kanals noch ein Zeitraum von ungefähr zwei Jahren gehören.

Das dem Fürsten Bismarck gehörende Wohnhaus und das Mühlengebäude Lumühle bei Friedrichsruh sind am 12. d. M. niedergebrannt.

Vor einiger Zeit war ein Gerichts-Assessor, der vom Reichs-Justizamt zum Stellvertreter eines Rechtsanwalts beim Reichsgerichte bestellt war, von dem betreffenden Senate des Reichsgerichts zurückgewiesen worden.

In einem Schreiben an seine Wähler bemerkt Herr Hänel u. A.: „Ich bin schlechterdings nicht bereit, im Jahre des 400jährigen Geburtsfestes Martin Luthers an dem Rückzuge des Staates mich zu betheiligen, den derselbe gegenüber den unerfülllichen Anforderungen einer kirchlichen Hierarchie jetzt angetreten hat.“

Nachdem die kirchenpolitische Novelle vom Kaiser vollzogen worden, wirft die „Nat.-Ztg.“ als für die Durchführung derselben entscheidend die Frage auf, wie die Regierung von der ihr im sogenannten Ultimogesez des vorigen Jahres ertheilten Vollmacht zur Dispensation von den auf die Vorbildung der Geistlichen bezüglichen Bestimmungen der Maigesetze Gebrauch machen wird.

Gegenüber dem Feldzug, welchen der Ultramontanismus auf dem Gebiet der Schule angekündigt und bereits eröffnet hat, haben die Regierung und die konservativen Parlamentsredner und Zeitungen sehr tapfere Worte der Abwehr gehabt, gegen deren Ernst und Aufrichtigkeit freilich das Mißtrauen nur zu gerechtfertigt war.

In dieser Hinsicht (Ausdehnung der Grenzen des Staatszwangs und Verkümmern der persönlichen Freiheit) wird jetzt in dem Kapitel Schulzwang auch das Mögliche geleistet. Man zwingt die Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken, welches letztere als unbefristetes Axiom der Ehrenpflicht gilt, und jetzt das andere Axiom voraus, das die Volksschule des Staates in jeder Beziehung so gut sei, daß der absolute Zwang sich rechtfertige.

Und die Redaktion des Blattes fügt ihrerseits dem noch hinzu:

Der dem Staate vom Liberalismus zugesprochene absolute Schulzwang muß zu einem bitteren Unrecht gegen Kirche und Gemeinde, zu einer mit der persönlichen Freiheit unvereinbaren Bevormundung der Eltern, zu einer unerträglichen Gewissens-Tyrannie werden, wenn in den Staatschulen, ohne daß der Kirche und Konfessionsgemeinde das Mitaufsichtsrecht zusteht, auch Religionsunterricht ertheilt werden soll.

Mit solchen Grundfäden freilich, sollten sie in Deutschland allgemein sein, den Kampf um die Schule gegen die liberalen Gelüste aufzunehmen, wäre eine Thorheit.

Wien, 14. Juli. Das „Armeeverordnungsblatt“ publizirt die unter dem 8. d. M. vom Kaiser genehmigten organischen Bestimmungen für das Eisenbahn- und Telegraphen-Regiment und für das Eisenbahn- und Telegraphenwesen im Kriege.

Wien, 14. Juli. Der Graf von Paris und die übrigen Prinzen von Orleans sind heute Nachmittag nach Paris zurückgekehrt.

Paris, 14. Juli. Die alljährlich am heutigen Tage stattfindende Truppenrevue wurde Nachmittag im Bois de Boulogne abgehalten und verlief in größter Ordnung.

London, 13. Juli. Das Unterhaus erlebte die Einzelberatung der Wahlbestehungsbill.

London, 14. Juli. Wie dem „Standard“ aus Hongkong vom 13. d. M. gemeldet wird, sind 3000 Mann chinesischer Truppen von Kanton nach Ganjan, an der Grenze von Tonkin, beordert worden.

Madrid, 13. Juli. Die amtliche „Gaceta“ veröffentlicht eine Verfügung der Regierung, durch welche angeordnet wird,

alle Provenienzen aus England einer strengen Beobachtung zu unterziehen, da die englische Regierung keine Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung der Cholera getroffen.

Petersburg, 14. Juli. Der nach Tomsk verbannte frühere Intendant des russischen Detachements, Matsejeff, ist begnadigt worden.

Simla, 14. Juli. Es geht hier das Gerücht, Marquis v. Ripon habe der englischen Regierung telegraphisch seine Demission als Vizekönig von Indien eingereicht.

Alexandrien, 14. Juli. Die internationale Entschädigungs-Kommission hat heute ihre letzte Sitzung abgehalten und wird erst zu Anfang November wieder zusammentreten.

Der Tizza-Gizlarer Prozeß.

Der neunzehnte Verhandlungstag (12. Juli) verlief rubiger als alle vorhergegangenen. Der größte Theil der Sitzung wurde aus der Verlesung der ärztlichen Gutachten und Protokolle ausgefüllt. Bei Verlesung der von den Professoren Scheuthauer, Mikhalovics und Belli im Januar dieses Jahres auf die Fragen des Staatsanwalts Szeffert ertheilten Antworten theilt der Präsident den am 1. Februar gefassten Beschluß des Gerichtshofes mit, wonach der letzte Theil jener Beantwortung, in welchem die Experten den Leichenschmuggel acceptirten und die Identität der Leiche mit Silber Solomoffy nachzuweisen bestrebt waren, gerichtlich annullirt wurde.

Staaatsanwalt: Der Schnitt wurde vollführt, als das Individuum auf dem Boden lag, nur der Kopf wurde ein wenig emporgehoben, um Blut in Gefäßen aufzufangen; dann wurde die Leiche in einen Strohschuber verpackt.

Belli: Ich halte es für höchst unwahrscheinlich, daß sich Blutspuren nicht gefunden hätten, wenn ein Schnitt wirklich geschah.

Belli: Im tiefen Wasser, wenn die Leiche nirgends anschlägt, ist dies möglich.

Belli: In dieser Beziehung bin ich nicht Sachverständiger.

Belli: Ja. In Bezug darauf, wie der Hr. Professor die Divergenz zwischen dem Punkt 4 des Superarbitriums des Landes-Sanitätsrathes und seinem Gutachten, wonach die Leiche 6 bis 12 Wochen im Wasser gelegen, erklärt, antwortet er, daß er das Superarbitrium des höchsten Fachforums im Lande keinerlei Kritik unterziehen wolle, umso mehr als dasselbe keine Gründe anführe.

Belli: Es ist dies möglich; denn wie ein Zeuge, den ich gehört habe, Zuranji, sagte, waren die Augen so sehr zurückgedreht, daß sie den Agnosizirungszeugen, welche nur die Verbindungshaut an der Cornea sahen, blau erscheinen konnten.

Belli: Was die Nägel von Wasserleichen betrifft, so lösen sich dieselben, wenn sie nicht durch Verübung mit irgend welchen Gegenständen früher abgestreift werden, nach und nach völlig ab.

Belli: Nicht nur die Epidermis, sondern auch die Lederhaut konnte durch Reiben mit Fegen oder mit Stroh entfernt werden.

Belli: Im Wasser beginnt die Fäulniß gewöhnlich in der vierten Woche. Die Verhältnißzahl bei Leichen in der Erde, im Wasser und in freier Luft ist vier zu acht zu fünf.

Belli: Wenn diese Leichen im Leben über einander gelegen hätten, so hätte die eine derselben einigermaßen abgeplattet, gedrückt sein müssen; da aber beide völlig unversehrt sind,

kann ich nur glauben, daß sie in Folge der Einpackung durch Einwägung in die Kiste in diese Lage gebracht wurden.

Mihregghaza, 14. Juli. Doktor Labislaus Sorpath, der dritte jener Aerzte, welche der ersten Leichenschau und Obduktion beizuhören, hält bei seiner Vernehmung an dem Inhalte des Obduktionsprotokoll fest; obgleich er viele Wasserleichen sezirt habe, so habe er doch niemals eine Wasserleiche von solchem Aussehen gefunden.

Pocales und Provinzielles.

Posen, 16. Juli.

Victoria-Theater. Fräul. Meyerhoff ist von den Anstrengungen der letzten Tage so angegriffen, daß selbe die heutige Vorstellung „Fledermaus“ abzugeben mußte.

Der Posenener Landwehverein beging gestern Nachmittag im dem festlich geschmückten „Zoologischen Garten“ die Feier seines 16. Stiftungsfestes.

Am 15. Juli. Prinz Georg von Preußen ist gestern Abend zum Kurgebrauch hier eingetroffen.

Sprottau, 15. Juli. In vielen Orten des Kreises haben gestern und vorgestern schwere Gewitter, verbunden mit orkanartigem Sturm und Hagelschlag, großen Schaden angerichtet.

Dresden, 15. Juli. Der Präsident des evangelisch-lutherischen Landeskonfistoriums, v. Uebe, ist gestern Abend gestorben.

Koburg, 15. Juli. Der Herzog von Coburg, welcher zur Begrüßung seiner gestern mit dem Großfürsten Paul hier eingetroffenen Gemahlin hierher gekommen war, ist heute zur Fortsetzung seiner Kur nach Rissingen zurückgekehrt.

Frohndorf, 15. Juli. Das Befinden des Grafen Chamboord hat sich wieder ein wenig gebessert, derselbe konnte heute mehrere Personen seiner Umgebung empfangen und einige Worte mit denselben wechseln.

Paris, 15. Juli. Gestern Abend veranlaßte in Roubaix eine Bande von 300 Anarchisten Unruhestörungen und versuchte in das Rathhaus einzudringen.

Petersburg, 15. Juli. Der Finanzminister, Geheim Rath Bunge, reiste gestern mit sechswochentlichem Urlaub ins Ausland.

Kairo, 15. Juli. (Telegramm des „Reuter'schen Büreaus“.) In Ghizeh, einer Vorstadt von Kairo, kamen fünf Cholerafalle vor, Ghizeh ist deshalb durch einen Sanitätskordon abgesperrt worden.

Alexandrien, 15. Juli. (Telegramm des „Reuter'schen Büreaus“.) In den letzten 24 Stunden starben in Damiette 43, in Mansurah 51, in Schirbin 6, in Mengaleh 20, in Talla 3, in Chobar 13 Personen an der Cholera.

Newyork, 15. Juli. Nach hier eingegangenen Nachrichten haben anbauende starke Regengüsse in mehreren Distrikten der westlichen Unionsstaaten großen Schaden gethan.

Verantwortlicher Redakteur i. B.: S. Ptaszynski in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserata übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Produkten-Börse

Berlin, 14. Juli. Wind: SW. Wetter: Bewölkt und warm. Die von Außen her mangelnde Anregung macht sich im diesigen Verkehr fortwährend fühlbar in der Geringfügigkeit der Umsätze, welche heute vorrührend mäßige Haltung in sich brachte.

Waggen per 1000 Kilogramm loco 139-147 nach Qualität, Lieferungsqualität 146 M., russ. - M. frei Haus bez., polnischer - ab Bahn bez., inländischer guter 146,5-147 ab Bahn u. Bahn bez., mittel - guter - geringer 143 M., geringer polnischer - M., mittel - defekter - ordinär - per diesen Monat 146,25 M. bez., per Juli-August 146,25 M. bez., per August-September - per September-Oktober 147,5 bez., per Oktober-November 148,75 bez., per November-Dezember 149,5 bez. Kündigungspreis - Mark. Gefündigt 2000 Str. 146,5 M.

Sad. Loko und per diesen Monat - , per Oktober-November - bez., Durchschnittspreis - M. Mais loco - M. nach Qual, per diesen Monat - M. nom. Gefündigt - Str. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversehrt infl. Sad. per diesen Monat und Juli-August 20,2 bez., per August-September 20,40 bez., per September-Oktober 20,65 bez., per Oktober-November 20,65 bez. - Gefündigt 500 Str.

Fonds- und Aktien-Börse

Berlin, 14. Juli. Die heutige Börse eröffnete und verlief zwar im Allgemeinen in ziemlich fester Haltung; aber das Geschäft bewegte sich bei andauernder Reservirtheit der Spekulation in den denkbar engsten Grenzen.

Der Kapitalmarkt bewahrte feste Haltung für heimische solide Anlagen und fremde festen Zins tragende Papiere konnten sich gut behaupten und theilweise etwas besser stellen. Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige wiesen in meist fester Haltung ruhigen Verkehr auf.

Deutsche und preussische Staatsfonds hatten in fester Haltung normales Geschäft für sich; inländische Eisenbahnprioritäten fest und rubig. Bankaktien waren behauptet und still; Diskonto-Kommandit-Anteile, Deutsche Bank ziemlich behauptet.

Umrechnungs-Tafel: 1 Dollar = 4,25 Mark, 100 Francs = 80 Mark, 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark, 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark, 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark.

Table with multiple columns listing various financial instruments, prices, and exchange rates. Includes sections for 'Wechsel-Kurse', 'Ausländische Fonds', 'Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien', 'Berlin-Dresd. St.G.', 'Deutsche u. preussische Staatsfonds', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.